



Keine Flugrouten über Berlin

**Bürgerinitiative
überregional & überparteilich**

Erklärung der Bürgerinitiative "Keine Flugrouten über Berlin"

Die Deutsche Flugsicherung (DFS) hat erklärt, an den am 06.09.2010 vorgestellten Flugrouten festhalten zu wollen. Diese Routen können aus unserer Sicht **nicht** die beste Lösung sein.

Wir fordern, dass der Flugverkehr soweit wie möglich über dünn besiedeltes Gebiet geführt wird!

Wir fordern, dass die Millionenstadt Berlin und die bevölkerungsreichen Umlandgemeinden soweit wie möglich umflogen statt überflogen werden! Darüber hinaus fordern wir, dass der Flugverkehr **NICHT** über ein überregional beliebtes, traditionsreiches Berliner Naherholungsgebiet, **NICHT** über einen nuklearen Forschungsreaktor, **NICHT** über das Weltkulturerbe Pfaueninsel und **NICHT** über die Potsdamer Schlösser und Gärten geführt wird! **Es muss bessere Alternativen geben!**

Wir fordern, dass die Deutsche Flugsicherung Alternativen zur Diskussion stellt!

Es muss für jeden nachvollziehbar sein, warum es sicherer, wirtschaftlicher und weniger belastend sein soll, über dicht besiedelte Regionen zu fliegen als über dünn besiedeltes Land. Die DFS mahnt zur Sachlichkeit und Objektivität – dem schließen wir uns an. Doch eine sachliche und objektive Diskussion und ein vernünftiges Abwägen zwischen den Zielen Sicherheit, Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen sowie Wirtschaftlichkeit sind nur möglich, wenn verschiedene Optionen miteinander verglichen werden.

Die DFS und manche Politiker versuchen, zu bagatellisieren und zu beschwichtigen.

So wird behauptet, schon jetzt gebe es viel Überflugverkehr im Berliner Südwesten und es würde künftig sogar besser werden. Jeder kann sich auf der Internetseite der Deutschen Flugsicherung die Flugspuren des gegenwärtigen Flugverkehrs ansehen. Dort ist klar ersichtlich, dass die aktuelle Belastung des Berliner Südwestens durch Lärm und Emissionen recht gering ist. Zum Beispiel sind startende Maschinen in einer Höhe von 2400 m über Wannsee eine absolute Ausnahme. Künftig soll das jedoch zur Normalität werden! **Es scheint, als sollten durch beschwichtigende Aussagen Proteste verhindert werden, damit wir später vor vollendete Tatsachen gestellt werden können.**

Die Genehmigungsbehörde für den Bau des Flughafen BBI ist in dem Planfeststellungsbeschluss von 2004 und in dem Planergänzungsbeschluss zum Lärmschutzkonzept aus 2009 irrtümlich von Geradeausstarts ausgegangen.

Die DFS hat jedoch seit 1998 mehrfach die Brandenburger Landesregierung informiert, dass die tatsächlichen Abflugrouten wohl anders aussehen müssten. Bis vor wenigen Tagen noch behauptete der Staatssekretär im Brandenburger Verkehrsministerium beharrlich: „Wir wussten es nicht besser.“ Doch Herr Bretschneider erinnert sich: „1998 und in der Folgezeit wurde in der Tat auch von der DFS auf das Modell der abweichenden Flugrouten mit einer 15-Grad-Kurve hingewiesen.“ **Die Lasten dieser Fehlplanung dürfen nun nicht die Berliner und Brandenburger tragen**, die ihre Betroffenheit nicht erkennen und sich mithin nicht ordentlich am Planfeststellungsverfahren beteiligen konnten. Unerklärt bleibt im übrigen, warum die nach Westen startenden Flieger insgesamt eine 35-Grad-Kurve fliegen sollen – die angeführte 15-Grad-Sicherheitsvorgabe rechtfertigt dies nicht. Auch wenn Mahlow soweit wie möglich umflogen wird, könnte anschließend weiter über wenig bis kaum besiedeltes Gebiet geflogen werden. Man könnte auch wieder 15-Grad zurück drehen, um den von der ICAO geforderten Abstand zu erhalten und

gleichzeitig außerhalb Berlins und der an Berlin angrenzenden bevölkerungsreichen Brandenburger Städte und Gemeinden zu bleiben.

Fehlinvestitionen müssen verhindert werden!

Steuergelder im zweistelligen Millionenbereich wurden bereits für Lärmschutzmaßnahmen ausgegeben, die auf der Annahme von Geradeausstarts basierten. Im übrigen haben zehntausende Bürger in Berlin und Brandenburg wichtige Lebensentscheidungen in dem Vertrauen darauf getroffen, dass die offiziellen Pläne und Aussagen der Behörden über die zu erwartenden Flugrouten stimmen. Viele haben sich hoch verschuldet, um mit ihren Familien in ruhiger, grüner Lage wohnen zu können. Und jetzt auf einmal sollen sie doch von Überfluglärm und gesundheitsschädigenden Emissionen betroffen sein. Das darf nicht sein! **Und die nun neu Betroffenen wurden ihrer demokratischen Grundrechte beraubt** – sie konnten ihre Betroffenheit nicht erkennen und ihre Interessen damit nicht in das Planungsverfahren für den BBI einbringen.

Die Behörden Brandenburgs und Berlins haben sich schwere Versäumnisse vorwerfen zu lassen.

Wie blanker Hohn wirkt die Aussage von Herrn Bretschneider: „Es ist eine Situation entstanden, die keinem gefällt. So richtig was falsch gemacht hat aber niemand.“ Das sehen wir anders! **Die Behörden in Berlin und Brandenburg haben versagt.** Die Fehler müssen nun korrigiert werden, sonst droht ein massiver Vertrauensverlust.

Doch es ist noch nicht zu spät!

Die Politik gibt den Rahmen vor, innerhalb dessen die DFS ihre Routen plant. Neben der Sicherheit muss dem Schutz möglichst vieler Menschen vor Fluglärm und Schadstoffen das wichtigste Ziel der Routenplanung sein! **Wir verlangen, dass die Politik von der DFS Routen einfordert, die dieses Ziel verfolgen!**

Auch die Industrie- und Handelskammern Berlin, Cottbus, Ostbrandenburg und Potsdam sowie die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) fordern, dass die künftigen Flugrouten so weit wie möglich über unbebautes Gelände verlaufen. In anderen deutschen Städten und vor allem international gibt es viele Beispiele dafür, wie Flughäfen effizient und wirtschaftlich sein können, ohne dafür dicht besiedelte Gebiete so massiv zu überfliegen wie die DFS es derzeit für Berlin plant. Die DFS besitzt genügend Fachkompetenz, andere und bessere Lösungen zu erarbeiten, wenn die Politik sie einfordert.

Für Berlin und Umgebung würden die aktuellen Routen eine Katastrophe bedeuten!

Der Überflugverkehr würde gerade im und um den Berliner Südwesten um ein Vielfaches zunehmen (siehe Informationen über aktuelle Flugspuren auf der Internetseite der DFS) und viel mehr Menschen würden von Lärm und Schadstoffen belastet als nötig. Bei der Verbrennung von Kerosin entstehen krebserregende Stoffe sowie Ruß und Feinstaub. Die Umweltzonen in der Hauptstadt würden somit vollständig ihre Bedeutung verlieren. Berlin würde immer mehr zur Hauptstadt der Umweltbelastungen, indem die Bevölkerung, Naherholungsgebiete und Weltkulturerbe dauerhaft Lärm und Schadstoffemissionen ausgesetzt werden.

Wir fordern die für Berlin und Brandenburg beste Lösung!

Die Politik muss dafür sorgen, dass diese durch eine sachliche Diskussion über verschiedene Flugroutenoptionen gefunden werden kann.

**Kommen Sie zu unserer Protestveranstaltung
am 04.10.2010 um 18.00 nach Berlin-Steglitz
auf den Hermann-Ehlers-Platz (am Schloss)!**

Ihre Bürgerinitiative "Keine Flugrouten über Berlin"

kfberlin.de

